

Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten

PROTOKOLL

der 28. Sitzung der Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten am 20.02.2019

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:50 Uhr
Tagungsort: Rathaussaal Rathaus Ribnitz, Am Markt 1, 18311 Ribnitz-Damgarten

Anwesenheit

Vorsitz

Frau Kathrin Meyer anwesend

Mitglieder

Herr Volker Bastian anwesend
Frau Christina Bonke anwesend
Frau Birte Buchin anwesend
Frau Rita Falkert anwesend
Herr Andreas Gohs entschuldigt
Herr Thomas Huth anwesend
Herr Herbert Kammel anwesend
Herr Hans-Dieter Konkol anwesend
Herr Eckart Kreitlow anwesend
Herr Tino Leipold anwesend
Frau Christel Lesche-Panizza anwesend
Herr Reinhardt Röwer anwesend
Herr Horst Schacht anwesend
Herr Holger Schmidt anwesend
Herr Jens Stadtaus anwesend
Frau Katrin Stadtaus anwesend
Herr Volker Teske anwesend
Frau Heike Völschow anwesend
Herr Udo Voß anwesend
Herr Hans-Joachim Westendorf anwesend
Herr Manfred Widuckel anwesend

Frau Susann Wippermann	anwesend
Herr Dirk Zilius	anwesend
Herr Axel Zühlsdorff	anwesend

Verwaltung

Herr Heiko Körner	anwesend
-------------------	----------

Schriftführer

Frau Martina Hilpert	anwesend
----------------------	----------

Tagesordnung

öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Bestätigung des Protokolls der Stadtvertretersitzung vom 12.12.2018 mit Protokollkontrolle
- 5 Information der Koordinationsstelle in Sachen Asylbewerber in Ribnitz-Damgarten
- 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Ribnitz-Damgarten für das Haushaltsjahr 2019
- 7 Unterstützung zur Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) 2020
- 8 Annahme einer Spende in Höhe von 1.500,00 €.
- 9 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die V. Änderung der 2. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten
- 10 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die II. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 der Stadt Ribnitz-Damgarten, "Wohnbebauung Wildrosenweg" OT Borg
- 11 Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 79 der Stadt Ribnitz-Damgarten, "Wohnbebauung Alte Schmiede" OT Petersdorf, im Verfahren nach § 13 b BauGB
- 12 Beschluss zur Nichtanwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 97 der Stadt Ribnitz-Damgarten "Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33"
- 13 Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 99 der Stadt Ribnitz-Damgarten, "Wohnbebauung Wasserreihe - West II", OT Langendamm
- 14 Hausärztebedarf kurz- und langfristig erfassen (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)
- 15 Ribnitz-Damgarten barrierefrei (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)
- 16 Stadtvertretersitzungen barrierefrei (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)
- 17 Ribnitz-Damgarten als fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommune gestalten (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)
- 18 Änderung der Verkehrsregelung in der Langen Straße (Antrag von Frau Falkert, Bürgerbündnis)
- 19 Verzicht auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge in der Stadt Ribnitz-Damgarten (Antrag von Frau Falkert, Bürgerbündnis)
- 20 Informationen des Bürgermeisters
- 21 Anfragen/Mitteilungen

nichtöffentlicher Teil:

- 22 Veräußerung von Liegenschaften
- 23 Auskünfte/Mitteilungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Stadtpräsidentin Meyer eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit der Stadtvertretung mit zu diesem Zeitpunkt 24 anwesenden Stadtvertretern fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Ilchmann zog die Beschlussvorlage RDG/BV/HA-19/702 - Wahl der 2. Stellvertreterin des Bürgermeisters, zurück, da Frau Kunz aufgrund einer Erkrankung nicht an der Sitzung teilnehmen konnte und somit nicht zur Beantwortung eventueller Fragen zur Verfügung stand. Der geänderten Tagesordnung stimmten die Stadtvertreter einstimmig zu.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Frau Stadtpräsidentin Meyer bat die anwesenden Einwohner um Wortmeldungen.

- Frau Stübe fragte im Zusammenhang mit der Tatsache, dass zukünftig keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben werden, wie verfahren wird, wenn bereits Beiträge gezahlt wurden und mit welchen Mitteln in Zukunft Straßenausbaumaßnahmen finanziert werden. Frau Stadtpräsidentin Meyer verwies darauf, dass dies Thema unter Tagesordnungspunkt 19 sein wird.
- Herr Decker stellte folgende Fragen:
 - Was kostete die E-Tankstelle am Rande des Marktplatzes und wie wird sie frequentiert?
 - Was ist aus der Idee der Installation einer Bücherzelle geworden?
 - Wann und wo sind Ersatzpflanzungen für die zahlreichen Baumfällungen, die im Stadtgebiet im Bereich Straße Am See, Nizzestraße und Klosterwiese vorgenommen wurden, vorgesehen?

Herr Bürgermeister Ilchmann informierte darüber, dass die Stromtankstelle Edis gehört und diese auch alle anfallenden Kosten trägt. Die Tankstelle wurde 2017 13 mal und 2018 30 mal genutzt. Es ist eine positive Entwicklung festzustellen.

Zum Thema Bücherzelle führte Herr Bürgermeister Ilchmann aus, dass die Stadt die Kosten für die Beleuchtung und die Bodenplatte am Standort Büttelstraße, nicht aber die Bewirtschaftung übernehmen würde. Da die Initiatoren diese auch nicht gewährleisten können, wurde das Projekt nicht weiter verfolgt. Herr Stadtvertreter Leopold erinnerte daran, dass die Bibliothek Unterstützung zugesagt hatte. Frau Stadtpräsidentin Meyer bat um eine nochmalige Beratung der Thematik im Fachausschuss.

Herr Körner, Leiter des Amtes für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften, erklärt, dass in letzter Zeit einige Bäume wegen Pilzbefall gefällt werden mussten, um größere Gefahren zu verhindern. Es gab zeitnah Ersatzpflanzungen, allerdings größtenteils nicht am gleichen Standort. Für eine geordnete Nachbepflanzung soll ein Konzept erstellt werden. Herr Stadtvertreter Huth regt an, nicht nur Bäume sondern verstärkt Sträucher und Büsche als Lebensraum für die Vögel anzupflanzen.

Frau Stadtpräsidentin Meyer beendete die Einwohnerfragestunde um 18:20 Uhr.

TOP 4 Bestätigung des Protokolls der Stadtvertretersitzung vom 12.12.2018 mit Protokollkontrolle

Das Protokoll der 27. Stadtvertretersitzung wurde mit 5 Enthaltungen bestätigt. Die schriftlich vorliegende Protokollkontrolle wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Information der Koordinationsstelle in Sachen Asylbewerber in Ribnitz-Damgarten

Frau Mittermayer, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, berichtete, dass derzeit 67 Asylbewerber in Körkwitz untergebracht sind.

Der Deutschunterricht in der Marienkirche wird weiterhin sehr gut angenommen.

Am 28. Februar 2019 wird ein Theaterstück mit dem Namen „Nach Europa“ im Begegnungszentrum aufgeführt. Der Eintritt wird frei sein und alle Stadtvertreter und Bürger sind herzlich eingeladen. Die Kosten werden durch Fördermittel der Nordkirche und der Bundeszentrale für politische Bildung übernommen.

In nächster Zeit ist ein Ausflug nach Stralsund ins Ozeaneum geplant.

Frau Mittermayer informierte darüber, dass der Arbeitsvertrag einer zusätzlichen Mitarbeiterin der Gemeinschaftsunterkunft in Körkwitz durch die Hilfe und Unterstützung von Frau Harnack verlängert wurde.

Frau Stadtpräsidentin Meyer spricht im Namen aller Stadtvertreter einen großen Dank für die Arbeit der Ehrenamtlichen aus.

Herr Stadtvertreter Huth hinterfragte, ob Asylbewerber, die einen Titel erhalten haben, in Ribnitz-Damgarten ansässig geblieben sind. Frau Mittermayer erklärte, sich zur nächsten Stadtvertretersitzung dahingehend zu informieren.

TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Ribnitz-Damgarten für das Haushaltsjahr 2019

Herr Bürgermeister Ilchmann erläuterte, dass seit der Dezembersitzung der Stadtvertretung, in der der Haushalt noch einmal an die Ausschüsse zurück verwiesen wurde, intensiv an einem Haushaltsausgleich gearbeitet worden ist. Insbesondere im Stellenplan gibt es Änderungen, die zu Einsparungen führen. Frau Waack, Leiterin des Finanzverwaltungsamtes, ergänzte, dass die kritischen Hinweise der Stadtvertreter Berücksichtigung gefunden haben. Des Weiteren erfolgte eine Korrektur aufgrund des inzwischen vorliegenden Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2018 vorgenommen wurde. Besonders positiv haben sich auf der Einnahmeseite das Einfrieren der Kreisumlage und auf der Abgabenseite die Überarbeitung der Warteliste für Investitionen ausgewirkt.

Herr Stadtvertreter Huth sprach der Verwaltung, insbesondere Frau Waack als Leiterin des Finanzverwaltungsamtes, und den Stadtvertretern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Er verwies auf die zeitweise frustrierende Situation für beide Seiten, die aufgrund aufgetretenen Mangels an Vertrauen in die Verwaltung entstanden ist.

Vertreter aller Fraktionen sowie Frau Stadtvertreterin Falkert schlossen sich dem Dank an Verwaltung und Politik an.

Herr Stadtvertreter Huth stellte fest, dass sich die Haushaltssituation hauptsächlich aufgrund der Entscheidung des Kreistages zur Kreisumlage, weniger durch eigene Sparmaßnahmen, verbessert hat. Es ist daher weiter nach Einsparpotential zu suchen.

Herr Stadtvertreter Schmidt, Vorsitzender des Finanzausschusses, ergänzte, dass der erste richtige Jahresabschluss nach Einführung der Doppik positiv ausgefallen ist und sich die Haushaltssituation dadurch deutlich besser darstellte. Er versicherte, dass der Stellenplan durch den Finanzausschuss weiter kritisch geprüft wird. Herr Stadtvertreter Schmidt brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die freiwilligen Leistungen nicht gekürzt und die Steuern nicht angehoben werden mussten. Aus Sicht des Finanzausschusses kann dem Haushalt jetzt ohne Bedenken zugestimmt werden.

Frau Waack erläutert auf Anfrage von Frau Stadtvertreterin Falkert, dass die Migrationsliste durch das Wegfallen der Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht mehr erforderlich ist, jedoch weiterhin eine gute Arbeitsgrundlage für die Verwaltung darstellt.

Frau Stadtpräsidentin Meyer verwies darauf, dass die Migrationsliste durch die Stadtvertretung beschlossen wurde und die Entscheidung über deren Aufhebung damit auch in ihre Zuständigkeit fällt.

Beschluss-Nr. RDG/BV/FA-19/722

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Ribnitz-Damgarten für das Haushaltsjahr 2019

Die Stadtvertretung beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 mit Bestandteilen und Anlagen.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

TOP 7 Unterstützung zur Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) 2020

Frau Stadtpräsidentin Meyer erklärte, dass die Städte und Gemeinden um entsprechende Beschlussfassungen gebeten wurden, um den Forderungen des Städte- und Gemeindetages M-V e. V. und des Landkreistages gegenüber dem Landtag nach Stärkung der kommunalen Haushalte durch die Reform des Finanzausgleichsgesetzes Nachdruck zu verleihen. Herr Stadtvertreter Kreitlow begrüßte die Beschlussfassung ausdrücklich, da eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zwingend erforderlich ist.

Frau Stadtvertreterin Wippermann führte aus, dass sie einen solchen Beschluss nicht unterstützt, da sie als Mitglied des Landtages aktiv an den Verhandlungen hinsichtlich der Reform des Finanzausgleichsgesetzes teilnimmt und feststeht, dass den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stehen wird. Es geht nur noch darum, wieviel und in welcher Form. Mit diesen Beschlüssen würden unnötig Fronten aufgebaut.

Frau Stadtpräsidentin Meyer sprach sich für eine Beschlussfassung aus.

Beschluss-Nr. RDG/BV/FA-19/723

Unterstützung zur Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) 2020

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt, die Forderungen des Städte- und Gemeindetages M-V e. V. und des Landkreistages gegenüber dem Landtag M-V zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Reform des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) 2020 zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	23	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	1

TOP 8 Annahme einer Spende in Höhe von 1.500,00 €.

Beschluss-Nr. RDG/BV/FA-19/703

Annahme einer Spende in Höhe von 1.500,00 €

Die Stadtvertretung beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 1.500,00 € von der Familia Handelsmarkt Güstrow GmbH & Co. KG.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

TOP 9 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die V. Änderung der 2. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten

Herr Stadtvertreter Widuckel, Vorsitzender des Ausschusses für Stadt- und Ortsteilentwicklung, Bau und Wirtschaft, erklärte, dass der Flächennutzungsplan in unregelmäßigen Abständen an die aktuelle Situation angepasst werden muss.

Auf Anfrage von Herrn Stadtvertreter Zilius informierte Herr Körner, Leiter des Amtes für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften darüber, dass es Gespräche mit dem Eigentümer der Fläche des ehemaligen Faserplattenwerkes über den Inhalt eines Rahmenplanes gab. Der aktuelle Sachstand steht aber noch einer Aufnahme der Fläche in den Flächennutzungsplan entgegen.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-18/564/01

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die V. Änderung der 2. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Die Entwurfsunterlagen der V. Änderung der 2. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ribnitz-Damgarten, werden in der vorliegenden Fassung mit Stand vom 30. Januar 2019 gebilligt und als Entwurf beschlossen.
2. Der Planentwurf und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
3. Den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist nach § 4 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, gleichfalls sind sie von der parallel durchzuführenden Auslegung des Satzungsentwurfes zu benachrichtigen.
4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

TOP 10 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die II. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 der Stadt Ribnitz-Damgarten, "Wohnbebauung Wildrosenweg" OT Borg

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-18/555/01

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss über die II. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohnbebauung Wildrosenweg“, OT Borg

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Die Entwurfsunterlagen der II. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohnbebauung Wildrosenweg“, OT Borg, werden in der vorliegenden Fassung mit Stand vom 30. Januar 2019 gebilligt und als Entwurf beschlossen.
2. Der Planentwurf und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.
3. Den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist nach § 4 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, gleichfalls sind sie von der parallel durchzuführenden Auslegung des Satzungsentwurfes zu benachrichtigen.
4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

TOP 11 Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 79 der Stadt Ribnitz-Damgarten, "Wohnbebauung Alte Schmiede" OT Petersdorf, im Verfahren nach § 13 b BauGB

Herr Stadtvertreter Widuckel brachte seine Freude über den vorliegenden Satzungsbeschluss zum Ausdruck. Einige Bürger warten auf die Erschließung und Vermarktung der Parzellen.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-18/606/02

Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 79 der Stadt Ribnitz-Damgarten, "Wohnbebauung Alte Schmiede" OT Petersdorf, im Verfahren nach § 13 b BauGB

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Die während der öffentlichen Auslegungen nach § 3 Abs. 2 und § 4 a Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 79 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohnbebauung Alte Schmiede“, im Verfahren nach § 13 b BauGB durch die Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden hat die Stadtvertretung laut den in der Beschlussvorlage vom 5. Februar 2019 niedergelegten Behandlungsvorschlägen geprüft (Abwägungsprotokoll). Der Bürgermeister wird beauftragt, die Öffentlichkeit sowie die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, welche Anregungen und Bedenken vorgetragen haben, von diesem Ergebnis unter Angabe von Gründen in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) beschließt die Stadtvertretung den Bebauungsplan Nr. 79 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohnbebauung Alte Schmiede“, im Verfahren nach § 13 b BauGB bestehend aus dem Planteil (Planzeichnung - Teil A) und dem Textteil (textliche und gestalterische Festsetzungen - Teil B) mit Stand vom 5. Februar 2019 als Satzung.
3. Die Begründung mit Stand vom 5. Februar 2019 wird gebilligt.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 79 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohnbebauung Alte Schmiede“, im Verfahren nach § 13 b BauGB ortsüblich bekannt zu machen; dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplanes Nr. 79 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohnbebauung Alte Schmiede“, im Verfahren nach § 13 b BauGB in Kraft.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

- TOP 12** Beschluss zur Nichtanwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 97 der Stadt Ribnitz-Damgarten "Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33"

Herr Körner, Leiter des Amtes für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften, erklärte, dass am Anfang das beschleunigte Verfahren durchgeführt werden sollte, um Zeit und Geld für beide Parteien zu sparen. Der Investor sieht jetzt allerdings Schwierigkeiten im Verfahren und beantragte zur Gewährleistung der Rechtssicherheit die Durchführung des zweistufigen Verfahrens.

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-18/620/01

Beschluss zur Nichtanwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 97 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33“

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt

1. die Nichtanwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 97 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33“.
2. Der Pkt. 4 des Aufstellungsbeschlusses über den Bebauungsplan Nr. 97 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Einzelhandelsstandort Rostocker Straße 33“, vom 4. Juli 2018 (Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-18/620) entfällt.
3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

- TOP 13** Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 99 der Stadt Ribnitz-Damgarten, "Wohnbebauung Wasserreihe - West II", OT Langendamm

Beschluss-Nr. RDG/BV/BA-19/720

Aufstellungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 99 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohnbebauung Wasserreihe - West II“, OT Langendamm

Die Stadtvertretung Ribnitz-Damgarten beschließt:

1. Für die Flurstücke 261/1, 267 tlw. und 269 der Flur 1 der Gemarkung Langendamm wird ein Bebauungsplan aufgestellt.
2. Das Plangebiet wird begrenzt:
 - im Norden durch die Straße „Wasserreihe“ südlich des Bebauungsplanes Nr. 67 der Stadt Ribnitz-Damgarten, „Wohn- und Wochenendhausgebiet Wasserreihe West“
 - im Osten und im Süden durch landwirtschaftliche genutzte Flächen
 - im Westen durch Waldflächen
3. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:
 - Ausweisung von Wohnbauflächen
 - Sicherstellung der Erschließung
 - Bebauung unter Berücksichtigung einer geordneten städtebaulichen und gestalterischen Entwicklung
4. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist wie folgt durchzuführen:
 - dreiwöchige öffentliche Auslegung der Vorentwurfsunterlagen

Gemäß § 4 Abs. 1 i. V. m. § 4 a Abs. 2 BauGB sind parallel zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich die Planung berühren kann, zu beteiligen.
5. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

TOP 14 Hausärztebedarf kurz- und langfristig erfassen (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

Frau Stadtvertreterin Wippermann, Vorsitzende der Fraktion SPD/GRÜNE, erklärte, dass der Kinderärztemangel vor kurzer Zeit ausschlaggebend für diesen Antrag war, da auch die Gefahr eines zukünftigen Hausärztemangels gesehen wird.

Herr Stadtvertreter Kreitlow unterstützte den Antrag und erklärte, den Landtag in der Verantwortung zu sehen, Einfluss auf die kassenärztliche Vereinigung zu nehmen.

Herr Stadtvertreter Schmidt sprach sich ebenfalls für den Antrag aus. Mit der Erhebung der Daten wird die Grundlage geschaffen, um Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Herr Bürgermeister Ilchmann versicherte, dass die Stadt an der Übernahme bzw. Anstellung in einer Hausarztpraxis interessierten Ärzten jede mögliche Unterstützung bieten wird.

Beschluss-Nr. RDG/BV/HA-18/697

Hausärztebedarf kurz- und langfristig erfassen (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

1. Die Stadtvertretung fordert die Stadtverwaltung auf, den derzeitigen Versorgungsstand der Bevölkerung durch Hausärzte zu erfassen.
2. Weitergehend soll die zukünftige Versorgung der Bevölkerung untersucht werden. Dafür soll ein Zeitraum von mindestens zehn Jahren einbezogen werden.
3. Über die Ergebnisse ist die Stadtvertretung im dritten Quartal 2019 zu informieren.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

TOP 15 Ribnitz-Damgarten barrierefrei (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

Frau Stadtvertreterin Wippermann erklärte, dass sie von Vertretern des Behindertenverbandes gebeten worden ist, die Angelegenheit Barrierefreiheit zu thematisieren. Es handelt sich um einen Prüfauftrag, mit dem eine Grundlage geschaffen werden soll, eine Strategie für eine bauliche Umgestaltung stadteigener Gebäude zu erarbeiten.

Frau Stadtvertreterin Bonke wies darauf hin, dass es ein gemeinsames Projekt zum Thema Barrierefreiheit mit dem Verein Lebenshilfe e. V., dem CJD und dem VFAQ gab. Die Daten sind dort hinterlegt und können jederzeit abgefragt werden.

Herr Körner, Leiter des Amtes für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften, erklärte, dass der Antrag im Ausschuss für Stadt- und Ortsteilentwicklung, Bau und Wirtschaft begrüßt wurde. Die Verwaltung wird den aktuellen Stand in Sachen nicht barrierefreie/barrierearme Gebäude erfassen, um im Nachgang Überlegungen zur Schaffung von Barrierefreiheit anstellen zu können. Herr Körner informierte an dieser Stelle darüber, dass die Außenstelle der Verwaltung Im Kloster 15 demnächst mit einem Fahrstuhl ausgestattet wird.

Beschluss-Nr. RDG/BV/HA-18/699

Ribnitz-Damgarten barrierefrei (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

Die Stadtvertretung fordert die Stadtverwaltung auf:

1. alle öffentlichen Gebäude, die sich im Eigentum der Stadt Ribnitz-Damgarten befinden, auf ihre Barrierefreiheit zu überprüfen.
2. die Stadtvertretung im dritten Quartal 2019 über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	24	Nein-Stimmen	0	Stimmenthaltungen:	0

TOP 16 Stadtvertreterersitzungen barrierefrei (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

Frau Stadtvertreterin Stadtaus, Mitglied der Fraktion SPD/GRÜNE, erklärte, aus Gesprächen entnommen zu haben, dass mehr Bürger als aktuell als Zuhörer an den Ausschuss- und Stadtvertreterersitzungen teilnehmen würden, wenn die Sitzungsräume barrierefrei erreichbar wären.

Die Stadtvertreter sprachen sich grundsätzlich dafür aus, die Ausschuss- und Stadtvertreterersitzungen an barrierefreien Orten stattfinden zu lassen, so z. B. Stadtvertreterersitzungen im Begegnungszentrum durchzuführen. Mehrere Stadtvertreter bekundeten aber, den historischen Rathaussaal nicht vollständig als Sitzungsort aufgeben zu wollen.

Frau Stadtpräsidentin Meyer bat die antragstellende Fraktion darum, die Formulierung etwas abzuschwächen, da der Rathaussaal ansonsten bei Beschlussfassung ab sofort nicht mehr als Sitzungsraum zur Verfügung stehen würde.

Herr Stadtvertreter Röwer regte an, die Installation eines Liftes zu prüfen, um den Rathaussaal zu einem barrierefreien Sitzungsort umzugestalten.

Herr Stadtvertreter Schacht wies darauf hin, dass die Barrierefreiheit bei der Bewältigung des Alltags wichtiger als die Gewährleistung der Sitzungsteilnahmen ist und in dieser Beziehung in der Stadt schon viele Maßnahmen ergriffen worden sind.

Frau Stadtvertreterin Wippermann, Vorsitzende der Fraktion SPD/GRÜNE, stimmte einer Umformulierung der Beschlussvorlage zu. Frau Stadtpräsidentin rief die Vorlage in folgendem Wortlaut zur Abstimmung auf.

Beschluss-Nr. RDG/BV/HA-18/700

Stadtvertretersitzungen barrierefrei (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

Die Stadtvertretung beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen, inwieweit Stadtvertretersitzungen barrierefrei stattfinden können. Weiterhin ist zu prüfen, ob die öffentlichen Ausschusssitzungen ebenfalls an anderen barrierefrei zugänglichen Orten möglich sind.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	16	Nein-Stimmen	7	Stimmenthaltungen:	1

TOP 17 Ribnitz-Damgarten als fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommune gestalten (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

Frau Stadtvertreterin Lesche-Panizza begründete den Antrag der Fraktion SPD/GRÜNE damit, dass es insbesondere im Stadtzentrum gefährlich ist, Fahrrad zu fahren. Auf dem Bürgersteig ist es verboten, auf der Langen Straße gibt es regen Autoverkehr.

Herr Stadtvertreter Konkol vertrat den Standpunkt, dass die Stadt bereits sehr fußgänger- und fahrradfreundlich ist. Beweis dafür ist ein landesweiter 2. Platz in einer Umfrage des ADFC zum Radwegenetz aus dem Jahr 2016. Die Innenstadt ist von allen Seiten über Stichstraßen sehr gut erreichbar, im Bereich Lange Straße ist es zumutbar, dass Fahrrad kurzzeitig zu schieben.

Herr Stadtvertreter Stadtaus führte aus, dass die im Antrag enthaltenen Aufträge selbstverständliche regelmäßige Arbeitsaufgaben der Verwaltung und des Fachausschusses darstellen.

Herr Stadtvertreter Schmidt verwies darauf, dass im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Verkehr anhand eines Lageplanes deutlich gemacht wurde, dass das Radwegenetz um die Innenstadt ausreichend ist.

Herr Stadtvertreter Konkol machte darauf aufmerksam, dass die Unfallstatistik in den letzten zwei Jahren im Bereich Lange Straße nur 2 Unfälle mit Fahrradfahrern bzw. Fußgängern ausweist.

Beschluss-Nr. RDG/BV/HA-18/698

Ribnitz-Damgarten als fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommune gestalten (Antrag der Fraktion SPD/Grüne)

Die Stadtvertretung fordert die Stadtverwaltung auf:

1. alle zukünftigen Infrastrukturmaßnahmen dahingehend zu planen, dass die Bedürfnisse von Fußgängern und Fahrradfahrern ausreichend Berücksichtigung finden.
2. die bestehende Infrastruktur auf Fußgänger- und Fahrradfahrerfreundlichkeit zu überprüfen.
3. der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen beizutreten und aktiv in dieser AG mitzuarbeiten, um Zukunftsvisionen zu entwickeln und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

4. die zuständigen Ausschüsse in geeigneter Weise in die Arbeit einzubinden.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	3	Nein-Stimmen	20	Stimmenthaltungen:	1

TOP 18 Änderung der Verkehrsregelung in der Langen Straße (Antrag von Frau Falkert, Bürgerbündnis)

Frau Stadtvertreterin Falkert erläutert, dass in einem ersten Schritt die „Rechts-vor-Links“ Regelung aufgehoben und langfristig die Einbahnstraßenregelung wieder eingeführt werden sollte, um den eingeschränkten Verkehrsfluss in der Langen Straße, der zu Verärgerung bei Bürgern und Gästen führt, zu verbessern.

Sie erklärte, heute keine Mehrheit für ihren Antrag zu erwarten, ihn aber als Appell anzusehen, zügig das im Haushalt eingestellte Verkehrsgutachten in Auftrag zu geben.

Auf Anregung von Frau Stadtpräsidentin Meyer zog Frau Stadtvertreterin Falkert den Antrag, die Verkehrsregelung „Rechts-vor-Links“ in der Langen Straße aufzuheben, zurück.

TOP 19 Verzicht auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge in der Stadt Ribnitz-Damgarten (Antrag von Frau Falkert, Bürgerbündnis)

Frau Stadtvertreterin Falkert verwies auf die Aussage der Landesregierung, dass Kommunalabgabengesetz dahingehend ändern zu wollen, dass für Straßen, bei denen der erste Spatenstich nach dem 1. Januar 2018 erfolgte, keine Ausbaubeiträge mehr erhoben werden dürfen. Mit ihrem Antrag möchte sie erreichen, dass die Stadt bis zum Inkrafttreten der Gesetzesänderung keine Bescheide mehr verschickt.

Herr Körner, Leiter des Amtes für Bau, Wirtschaft und Liegenschaften erklärte, dass es schwierig ist, dazu Position zu beziehen. Zum jetzigen Zeitpunkt gilt die Straßenausbaubeitragsatzung der Stadt, die auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes in der aktuellen Fassung erlassen wurde. Somit können bzw. müssen noch Bescheide, insbesondere für ältere Baumaßnahmen, erstellt werden, da die gesetzliche Verpflichtung besteht, die Einnahmen zu generieren. Die Regierung hat noch keine endgültige Entscheidung, auch hinsichtlich des Ausgleichs des Einnahmeverlustes für die Städte und Gemeinden, getroffen.

Herr Stadtvertreter Widuckel betonte, dass geplante Straßenausbaumaßnahmen in den Fachausschüssen beraten werden, so dass die Einbeziehung der Stadtvertretung gewährleistet ist.

Frau Stadtpräsidentin Meyer stellte abschließend fest, dass der Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ein Verstoß gegen geltendes Recht bedeuten würde und dem Antrag aufgrund dessen grundsätzlich nicht zugestimmt werden kann.

Beschluss-Nr. RDG/BV/FS-19/726

Verzicht auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge in der Stadt Ribnitz-Damgarten (Antrag von Frau Falkert, Bürgerbündnis)

Der Bürgermeister wird aufgefordert, ab sofort und bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in der Stadt Ribnitz-Damgarten zu verzichten und keine Bescheide mehr an betroffene Anlieger zu versenden.

Abstimmungsergebnis

Anzahl der Mitglieder:	25						
davon anwesend:	24	Ja-Stimmen:	1	Nein-Stimmen	20	Stimmenthaltungen:	3

TOP 20 Informationen des Bürgermeisters

Herr Ilchmann informierte unter anderem darüber, dass

- am 25. Februar 2019 das nächste Treffen der Kulturwerkstatt stattfindet
- über eine Empfehlung für die zukünftige Ausschussstruktur in einer Beratung der Stadtpräsidentin mit den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltungsleitung diskutiert wird.
- für den Fußgängerüberweg in der Barther Straße noch die Genehmigung durch das Verkehrsamt des Landes aussteht.
- am 9. und 10. Mai im Begegnungszentrum der 5. Immobilientag der Wirtschaftsfördergesellschaft mit den Themen Regionalentwicklung und Wohnen stattfindet.

Herr Körner, 1. Stellvertreter des Bürgermeisters, ergänzte, dass

- ein Termin in Sachen Radweg Carlewitz - Freudenberg beim Straßenbauamt ansteht. Es gab während der Auslegung der Planunterlagen 2 Einsprüche von Bürgern. Es besteht die Hoffnung, dass die Bedenken ausgeräumt werden können und der Bau im nächsten Jahr erfolgt.
- die Fortführung des Radweges an der B 105 zwischen Altheide und Gelbensande in Vorbereitung ist. Eine Querung in Form einer Straßenaufweitung mit einer Mittelinsel wird in Altheide geplant. Anschließend wird der Abschnitt Altheide - Klockenhagen in Angriff genommen.
- für das Projekt Bildungscampus die Antragsunterlagen für die Förderung vorbereitet werden. Die notwendige EU-weite Ausschreibung der Planungsleistungen soll von einem externen Unternehmen vorgenommen werden. Der heutige Beschluss des Haushaltes trägt einen großen Teil zur weiteren Umsetzung des Großprojektes bei.

TOP 21 Anfragen/Mitteilungen

- Herr Stadtvertreter Schacht hinterfragte, wie die Vergabe der Veranstaltungen Frühlings- und Hafenfest erfolgte. Herr Bürgermeister Ilchmann erklärte, dass in diesem Jahr aus Zeitgründen zwei bekannte Rostocker Veranstaltungsagenturen angeschrieben wurden, die im Wege einer freien Vergabe für je eine Veranstaltung den Zuschlag erhalten haben. Im nächsten Jahr wird es eine Ausschreibung geben.
- Frau Stadtvertreterin Lesche-Panizza bat darum, bis zur nächsten Stadtvertreterversammlung die Anfragen der Bürgerinitiative Klockenhagen zu beantworten. Sie überreichte der Stadtpräsidentin zwei Schriftsätze.



Frau Kathrin Meyer
Stadtpräsidentin



Martina Hilpert
Protokollführerin